

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/211

Bonn, den 6. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Opposition ohne Profil ?</u> Ungerechtfertigte Vorwürfe Von Dr. Ulrich Lehmar, MdB	72
3	<u>Eine neue "christliche" Partei ?</u> Unruhe bei der CDU	30
3	<u>Das Ende der Mißverständnis-Theorie</u> Konvoistopp und russische Fehlspekulation	15
4 - 5	<u>Raumordnung</u> Zur Initiative des Deutschen Städtetages	53
5 - 6	<u>Erdöl und Staatsräson</u> De Gaulles unveränderter Algerienkurs Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	59

Chefredakteur Günter Markscheffel

Opposition ohne Profil ?

Ungerechtfertigte Vorwürfe

Von Dr. Ulrich Lohmar, MdB

"Die liberale Opposition zeigt uns den Höhestand einer politischen Versammlung, wie die Opposition überhaupt den Höhestand einer Gesellschaft." Das schrieb Karl Marx 1842 in einer Kritik an den Verhandlungen des rheinischen Landtages. Dieser Satz gilt in seinem zweiten Teil heute genau so, aber es scheint bei uns ein wenig in Vergessenheit zu geraten, wie sich denn die Opposition in einem parlamentarischen Regierungssystem konkret verstehen und äußern soll.

In einer lesenswerten Studie ("Ursprung und Begriff der parlamentarischen Opposition", Gustav Fischer Verlag, Stuttgart), zeichnet Ingeborg Bode die Entwicklung einer parlamentarischen Opposition in Großbritannien im Laufe der beiden letzten Jahrhunderte nach. Sie erinnert daran, daß der Abgeordnete als Repräsentant der Nation verpflichtet sei, zu opponieren; insofern er die Verantwortung für das Wohl der Allgemeinheit habe, müsse er eben dafür Sorge tragen. Daraus folge, daß er eine gute Regierung im Parlament zu unterstützen, gegen eine schlechte aber zu opponieren habe. Die Opposition müsse all das im Parlament zur Debatte stellen, was der Freiheit und dem Allgemeinwohl entgegenstehe. Der Maßstab dafür dürften keine partikulären Anliegen einzelner Gruppen sein, sondern "das Wohl des Ganzen und die Förderung der wirklichen nationalen Interessen".

Mit diesen Thesen ist das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition beschrieben, wie es sich in Großbritannien herausgebildet hat. Die Sozialdemokratie hat in der Bundesrepublik in einer nunmehr vierzehnjährigen Oppositionszeit versucht, die Aufgabe einer parlamentarischen Opposition in diesem Sinne zu erfüllen. Sie hat sich in früheren Jahren den Tadel anhören müssen, daß sie stets Nein gesagt habe zu dem, was die Regierung jeweils wollte. Das war ein ungerechtes Urteil, denn seit 1949 sind im Bundestag die meisten Gesetze einstimmig oder mit grosser Mehrheit verabschiedet worden. Pläne und Vorlagen der Regierung dagegen, die die Zustimmung der Opposition nicht fanden, führten naturgemäß häufiger zu harten politischen Auseinandersetzungen und wurden in der Öffentlichkeit aufmerksamer notiert als Gesetze, die der Bundestag ohne viel Aufhebens beschloß. Jetzt sieht sich die SPD unvermittelt dem ganz anderen Vorwurf ausgesetzt, sie sei der Opposition offenbar über-

drüssig und schwenke auf die Linie des geringsten Widerstandes ein. Einigkeit um jeden Preis sei ihre neue Parole. Dieser Eindruck ist ebenso falsch wie die früher vertretene Ansicht, die Opposition halte es für ihre Aufgabe, prinzipiell dagegen zu sein.

Die SPD hat sich in Bonn immer davon freizuhalten versucht, eine Opposition um ihrer selbst willen zu betreiben. Es besteht kein Grund, von dieser Übung plötzlich abzugehen. Maßstab der Zustimmung oder der Kritik der Opposition gegenüber den Plänen der Regierung kann auch in Zukunft nur sein, ob diese Vorhaben unserem Volk förderlich sind, ob sie dem Allgemeinwohl dienen und ob vernünftige Überlegungen Aussicht haben, von der gegenwärtigen Regierung auch verwirklicht zu werden.

Wer die Rede noch einmal nachliest, die der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Fritz Erler, im Bundestag zur Regierungserklärung Erhards gehalten hat, mag überrascht sein über die Fülle von sehr schwierigen Sachproblemen, mit denen sich heute Opposition wie Regierung befassen müssen. Die Zeiten, wo man die großen Parteien durch ein paar handliche Formeln gegeneinander abgrenzen konnte, sind vorbei. Der Wettkampf der großen Parteien ist heute nicht mehr mit ideologischen Leitbildern zu führen. Daran mußten sich nicht nur die Parlamentarier gewöhnen, auch manchem Journalisten ist dieser Umstand noch nicht hinreichend vertraut geworden. Die politische Urteilsbildung ist unübersichtlicher, schwieriger und langwieriger geworden; sie erfordert ein hohes Maß an Wissen um die vielfältigen Zusammenhänge des politischen Geschehens.

Ingeborg Bode meint in ihrer Arbeit, die Bildung der modernen Massenparteien habe die Möglichkeit einer freien Opposition im klassischen Sinne weitgehend eingeschränkt. Wir teilen diese Skepsis nicht. Die großen Parteien in der Bundesrepublik sind ja zu weit verästelten Volksparteien geworden, die sich schon in ihrer inneren Meinungsbildung mehr am Allgemeinwohl orientieren müssen als ideologisch festgefügte Standes- oder Klassenparteien. Was wir brauchen, ist deshalb nicht ein neues Verständnis der Aufgaben der Regierung bzw. der Opposition; es geht um die Verwirklichung dieser Aufgaben in einer Welt, die zu ihrer Führung, Entwicklung und Gestaltung einer fundierten Einsicht in das Getriebe der industriell-technischen Gesellschaft bedarf. Eben darum sind Regierung und Opposition heute auf die Mitwirkung der Wissenschaft angewiesen, wenn sie eine Politik treiben wollen, die über den Tag hinausreicht.

Eine neue "christliche" Partei ?

Unruhe bei der CDU

In Saarbrücken haben die Saarländische Volkspartei, die Bayerpartei, das Zentrum und die Badische Volkspartei ihren Willen bekundet, sich auf Bundesebene zusammenzuschließen und eine neue, betont "christliche" Weltanschauungspartei zu gründen. Sie wird eventuell den Namen Christliche Volkspartei haben und soll in den einzelnen Landesverbänden ihre bisherige Bezeichnung weiterführen. Die Initiative zu dem Versuch des Zusammenschlusses der föderalistischen Landesparteien ging in starkem Maße von der Saarländischen Volkspartei aus, die über sechs Mandate im Landtag des Saarlandes verfügt und mit mehr als elf Prozent der Wählerstimmen bei der Landtagswahl im Jahre 1960 einen beachtlichen Erfolg erringen konnte.

Welchen Erfolg der Versuch des Zusammenschlusses der verschiedenen Gruppen haben wird, vermag man heute nicht vorauszusehen. Trotzdem hat sich der CDU an der Saar eine erhebliche Unruhe bemächtigt. Die neue Gruppe spekuliert offenbar auf die Gruppen der Bevölkerung, die aus weltanschaulich-religiösen Gründen bisher die CDU wählten und die durch den liberalen Kurs des neuen Bundeskanzlers Erhard enttäuscht werden könnten. Sie spekuliert auf die unzufriedene Arbeitnehmerschaft, die in der katholischen Arbeiterbewegung schon seit langer Zeit ihren Unmut gegenüber der offiziellen CDU-Politik zum Ausdruck bringt und bisher nicht in der Lage war, sich in der CDU durchzusetzen. Man glaubt ausserdem, daß die Skandale und Affären der letzten Jahre dazu führen könnten, daß sich andere Gruppen von der CDU lösen und eine neue politische Heimat suchen könnten.

Die neu zu gründende Partei wird sicher neben einem attraktiven Namen auch ein gemeinsames Programm zu entwickeln haben, das sich in erster Linie an unzufriedene CDU-Wähler wenden wird. Unabhängig davon, ob es gelingt, die Hürde der fünf Prozent zu überwinden, wird sie doch ein Faktor sein, der die CDU im Jahre 1965 einige entscheidende Mandate kosten könnte.

+ + +

Das Ende der Mißverständnis-Theorie

Konvoistopp und russische Fehlspekulation

sp - Die sowjetrussische Politik gibt immer wieder neue Rätsel auf. Eines hat freilich der Verlauf des zweiten Anhaltens eines amerikanischen für Berlin bestimmten Militärkonvois mit Sicherheit erreicht. Hier handelt es sich nicht um Übergriffe untergeordneter Organe, auch nicht um "Mißverständnisse", diese Schikane erfolgte von allerhöchster Stelle im Kreml, wohl in der Absicht, wieder einmal die Standfestigkeit der Amerikaner zu erproben. Der Kreml erlebte dabei die Überraschung, daß Engländer und Franzosen zur gleichen Zeit Konvois nach Berlin entsandten, auf diese Weise die Solidarität aller drei Westmächte mit Berlin bekräftigend. Das ist ein entscheidendes Politikum. Freilich mag für das sowjetische Nachgeben auch die Überlegung eine Rolle gespielt haben, den heißbegehrten USA-Weizen zu verlieren. Washington nahm den zweiten Konvoistopp sehr ernst. Der nun erledigte Vorfall lieferte Schlagzeilen. Durch solche und ähnliche Schikaren gefährdet der Kreml selbst die von ihm gewünschte Entspannung.

+ + +

Raumordnung

Zur Initiative des Deutschen Städtetages

nr. - Der Deutsche Städtetag hat in Köln einen eigenen Entwurf eines Bundesraumordnungsgesetzes vorgelegt und darin eine Konferenz für Raumordnung vorgeschlagen, in der Vertreter des Bundes, der Länder und der Gemeinden über die drängenden Raumordnungsfragen in der Bundesrepublik beraten sollen. Diese Konferenz soll Sachverständige hinzuziehen und in einem Beirat beim Bundeswohnungsbauministerium sollen Wissenschaftler, Sachverständige und Experten von Gemeinden, Wirtschaft, Gewerkschaft, Landwirtschaft und Handel vertreten sein. Kurzum, der Deutsche Städtetag hält es für außerordentlich dringlich, daß die Fragen der Raumordnung in der Bundesrepublik nun endlich in den Griff genommen werden.

Zwar wendet sich der Städtetag gegen die sogenannte Entballungstheorie, wonach die industriellen Schwerpunkte aufgelockert werden sollen. Er ist aber sogleich vernünftigerweise dafür, daß in den Gebieten mit einer erheblichen Bevölkerungsverdichtung nun eine planvolle Ordnung in das Siedlungsgefüge gebracht wird. Der Städtetag denkt in seinem Gesetzentwurf ferner daran, die Leistungskraft der Zonenrandgebiete zu stärken und in den landwirtschaftlichen Gebieten zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Der Gesetzentwurf des Deutschen Städtetages ist zusammenfassend gesehen zu begrüßen, wenn vielleicht auch noch über die Frage der Auflockerung von allzu konzentrierten Industrie- und Wohnquartieren diskutiert werden kann.

Während der Städtetag nunmehr eine Konferenz für Raumordnung und einen Sachverständigenbeirat für das Bundeswohnungsbauministerium fordert, haben die Schweden gleichfalls in diesen Tagen schon sehr viel weitgehende Vorschläge gemacht. Dort war es nämlich die Regierung selbst, die einen Fachausschuß zur Untersuchung der schwedischen Regionalplanung einsetzte. Dieser Fachausschuß hat dem Innenministerium in Stockholm nunmehr vorgeschlagen, allein für die wirtschaftliche Regionalplanung in Schweden, für einen Zeitraum von fünf Jahren, 800 Millionen Schwedenkronen zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Geld sollen Modellobjekte vor dem Hintergrund geschaffen werden, den der Umbau Schwedens zur modernen Industrienation mit sich bringt.

Die schwedische Bevölkerung ist gegenwärtig im Grunde mobiler als die der Bundesrepublik, denn von den siebeneinhalb Millionen Schweden ziehen etwa 400 000 jährlich in ihrem Wohnort in eine neue Wohnung und weitere 400 000 wechseln den Wohnort und ziehen überwiegend in die neuen

Industriezentren. Hier will Schweden nun mit sehr konkreten städte- und industrieplanerischen Maßnahmen eingreifen, um übermäßige Ballungen auszuschalten und ein organisches Verhältnis zwischen Bevölkerung und Arbeitschancen zu bekommen.

Der Fachausschuß hat eine Untersuchung auf der Grundlage von Regionalplanungen vorgeschlagen, und es besteht kein Zweifel, daß die Regierung auch bald die 800 Millionen Kronen bereitstellen wird. Es sollen dann als Muster in den ländlichen Gebieten beispielsweise Zentralorte systematisch entwickelt werden, damit die in der Umgegend lebende Landbevölkerung an kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen teilnehmer kann.

Die Auflockerung wird nach den Planungen mit großen Staatshilfen erfolgen. Für Betriebe, die aus den Ballungszentren in die Landreviere verlegt werden, gibt es langfristige Darlehen mit Amortisationsaufschlag. Der Staat gibt Garantien für Kredite; er zahlt für die Ausbildung neuer Arbeitskräfte und die Umsiedlung der Facharbeiter. Bis zu 50 Prozent zahlt der Staat für den Neubau einer Fabrik in einem neuen Entwicklungsbereich.

* * *

Erdöl und Staatsgrößen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

"Hat Frankreich in Algerien noch eine Rolle zu spielen?" Nur 34 Prozent der Franzosen bejahten kürzlich diese Rundfrage der Meinungsforchung, 40 Prozent antworteten mit "Nein" und 26 Prozent erklärten, daß dieses Problem sie überhaupt nicht interessiere. Dabei muß gesagt werden, daß die Frage in sehr allgemeiner Weise gestellt wurde. Das "Nein" wäre noch massiver gewesen, wenn man beispielsweise versucht hätte, die Finanzhilfe Frankreichs für Algerien zur Debatte zu stellen.

Die Parlamentsdebatte über die weitere französische Finanzhilfe spiegelte diese öffentliche Meinung wider. Die Opposition verlangt eine Reduzierung der französischen Ausgaben in Algerien. Auch die Regierung schlägt einen strengeren Ton an, warnt Ben Bella vor Exzessen, hält aber schließlich die Zusammenarbeit und die Finanzhilfe aufrecht: eine Milliarde Francs im Jahr. Erdöl als wichtigstes Bindeglied

Anderthalb Jahre nach Evian hat sich die französisch-algerische Zusammenarbeit grundlegend verändert: Sie beruht nicht mehr auf der Anwesenheit der Algerienfranzosen in Algerien, sondern nur noch auf Staatsinteressen: Frankreich braucht das Erdöl der Sahara und rechnet späterhin auch mit dem algerischen Erdgas, die französische Armee zählt noch

für mindestens 18 Monate auf die algerischen Stützpunkte und Atom-Versuchsstationen. Algerien braucht noch die französischen Techniker und das französische Kapital zur Auswertung der Naturschätze, vor allem des Erdöls.

Abgeschriebene Algerienfranzosen

Ursprünglich rechnete man damit, daß von einer Million Algerienfranzosen ungefähr die Hälfte auch nach der Unabhängigkeitserklärung in Algerien bleiben. Heute leben nur noch 100 000, also ein Zehntel in Algerien: einige tausend Techniker, Kaufleute, Lehrer, Beamte. Es gibt keine französischen Siedler mehr.

Schon im Evian-Vertrag war die Agrarreform vorgesehen. Es war klar, daß der beste Grund und Boden (2,7 Millionen ha von insgesamt 7 Millionen nicht in europäischem Besitz bleiben konnte. Artikel 3 des Evian-Vertrages sah deshalb eine Entschädigung der französischen Grundbesitzer vor. Unter dem Druck der revolutionären Entwicklung erfolgte die Nationalisierung von Grund und Boden und die Verstaatlichung einer Reihe von Betrieben und Unternehmen in beschleunigtem Tempo und radikaler als vorgesehen.

Die gaullistische Regierung läßt sich davon nicht erschüttern. Man rechnet in Paris auch damit, daß Algier den Außenhandel und bestimmte Banken nationalisiert. Solange Ben Bella nicht "das doppelte Feiligtum" antastet - Saharastützpunkte und Erdöl - kann er auf die Unterstützung des Elysées rechnen.

Staatspolitik

Für diesen Kurs der gegenwärtigen französischen Algerienpolitik sind nicht nur wirtschaftliche, sondern auch staatspolitische Gründe maßgebend. General de Gaulle will der inneren Meinung beweisen, daß seine in Evian besiegelte Algerienpolitik nach wie vor richtig ist und daß die vom Gaullismus anerkannte FLN-Herrschaft lebens- und salonfähig bleibt. Daher die moralische und materielle Unterstützung für Ben Bella in seinen Schwierigkeiten mit der inneralgerischen Opposition.

Noch wichtiger für den französischen Präsidenten ist es, vor der internationalen Meinung die Entkolonialisierungspolitik zu Ende zu führen und damit für Frankreich einen entsprechenden Platz in der neutralen "dritten Welt" zu sichern. Das gaullistische Frankreich legt Wert auf guten Ruf in ganz Afrika, Asien und Südamerika. - In Algerien will de Gaulle den Vereinigten Staaten eine neue Lehre erteilen und zeigen, wie man "ein neues Kuba" vermeiden kann.

Daß gerade Algerien unter Ben Bella auf dem besten Weg zu kubanischer Zustände ist, sich ganz offen auf Castros Beispiel beruft und außerdem mit kubanischer Waffenhilfe Krieg gegen Marokko führt, nimmt man in Paris in Kauf und will dennoch die besten Beziehungen aufrechterhalten.